

Martin Habersaat und Hans Müller:

Landesregierung muss ihre Beratungsresistenz überwinden!

Zur Berichterstattung über die Wissenschafts- und Hochschulpolitik der Landesregierung in der heutigen Sitzung des Bildungsausschusses erklären der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat, und der Lübecker Abgeordnete Hans Müller:

Die heutige Ausschusssitzung hat erneut klar gemacht, wie beratungsresistent die Landesregierung in ihrer Wissenschaftspolitik in den letzten Monaten war.

Die Wissenschaftsstaatssekretärin Dr. Andreßen berichtete, dass in der Kultusministerkonferenz über den Ausbau der Studienplätze in Humanmedizin verhandelt werde. Unter diesen Voraussetzungen kann die Medizinerausbildung an der Universität Lübeck nicht mehr ernsthaft in Frage gestellt, sondern muss im Rahmen eines solchen Sonderprogramms gestärkt werden.

Der Landesrechnungshof hat in derselben Sitzung vorgerechnet, dass die Einstellung der Medizinerausbildung in Lübeck nicht zu Einsparungen, sondern nur zu einer Kostenverlagerung nach Kiel führen würde.

Wir erwarten deshalb von der Landesregierung, dass sie noch vor der Sommerpause ein klares Signal an die Studierenden und Lehrenden sowie an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des UK S-H aussendet, dass in Lübeck auch künftig Mediziner ausgebildet werden.

Entgegen bisheriger Erklärungen wird die Wissenschaftskommission Niedersachsen nun doch zum Jahresende ihr Gutachten über die Weiterentwicklung der Universität Flensburg abgeben. Wir begrüßen es, wenn die Landesregierung tatsächlich zum ursprünglich verabredeten Verfahren zurückgekehrt ist, statt durch Beschlüsse im Küchenzirkel der Haushaltsstrukturkommission auch noch die Universität Flensburg in ihrem Bestand zu gefährden. Einen neuen Anfall von Beratungsresistenz kann sich unsere Wissenschaftslandschaft nicht leisten!